



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 22. Mai 2024

3198. 2023/477

Postulat von Mélissa Dufournet (FDP) und David Ondraschek (Die Mitte) vom 04.10.2023:

Preisstruktur der städtischen Kindertagesstätten, Anpassung an die durchschnittlichen Ansätze privater Kindertagesstätten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

David Ondraschek (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2371/2023): Ob ich mein Kind in einer städtischen oder privaten Kindertagesstätte (Kita) betreuen lasse, sollte finanziell keine Rolle spielen. Bei städtischen Kitas liegt der Tages tariff zum Beispiel bei Säuglingen etwa 25 Prozent unter dem privater Kitas, die sich solche Preisstrukturen nicht leisten können. Somit geraten private Anbieter unnötig unter Druck. Dass Private ihre Tarife nicht senken können, ist klar, zumal wir in der Budgetdebatte im Dezember 2022 den Normkostensatz erhöht haben, damit Private überhaupt angemessen wirtschaften können. Bei städtischen Kitas tiefere Tarife anzubieten, ist nicht sinnvoll; sie sollten die durchschnittlichen Preise privater Anbieter reflektieren.

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 1. November 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Die sehr angespannte Situation bei Kita-Plätzen und den Zugang für alle behandeln wir immer wieder im Rat. Aktuell läuft eine Teilrevision der entsprechenden Verordnung, die in der Kommission behandelt wird. Die Ablehnung des Postulats lässt sich sehr einfach begründen: In einer Situation, in der der Zugang zu Kita-plätzen und das Bezahlen der Tarife für viele Menschen schwierig ist, sehe ich nicht ein, warum man die Preise für die vereinzelt städtischen Kitaplätze erhöhen sollte. Es geht nicht an, dass wir als Rat die Kitaplätze verteuern, wenn das Gegenteil geboten ist. Mitunter wegen Subventionsbeschränkungen sind die Kitapreise für viele eine enorme Budgetbelastung. Diese Situation sollte man nicht durch eine Preiserhöhung verschlimmern.

Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): Es gibt 338 private Kitas und zehn städtische. Wir sind auch nicht für eine Erhöhung der Tarife, aber es darf auch nicht sein, dass die staatlichen Kitas einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den privaten haben. Aus einem mir nicht bekannten Grund können sie ihre Plätze günstiger anbieten, das geht nicht an. Entweder besteht



freier Wettbewerb und jeder kann machen, was er will, oder es gibt diesen nicht ganz richtigen Markt. Für uns ist klar: Alle müssen am gleichen Wettbewerb teilnehmen und die städtischen Kitas dürfen keinen Vorteil haben. Wir unterstützen das Postulat.

Marcel Tobler (SP): *Die SP lehnt diesen Vorstoss ab, auch wenn wir es uns nicht leicht gemacht haben. Wir teilen die Begründung der AL: Das Postulat für sich allein genommen geht in die falsche Richtung. Es erhöht die Preise für die Eltern, anstatt sie zu senken. Wir alle wissen, dass die Kita-Preise extrem hoch sind. Für Viele – vor allem Mütter – ist dies ein Karrierekiller; es belastet Familienbudgets stark. Darum würden wir es begrüssen, man würde die Elternbeiträge in einem Gesamtpaket hinterfragen. Dann sind wir auch bereit, über die Angleichung der städtischen und privaten Kitapreise zu diskutieren. Zur Veranschaulichung: Wir sprechen hier über 3 Prozent, die die städtischen Kitaplätze über alle Kitaplätze in der Stadt Zürich ausmachen, 97 Prozent der Kitaplätze werden von Privaten betrieben. Wir diskutieren also einen Nebenschauplatz. Wir als SP sind trotzdem bereit, über die Angleichung zu diskutieren, aber dies wird nicht im Rahmen der Diskussion der Kita-Sockelbeiträge in der Kommission stattfinden.*

Sophie Blaser (AL): *Wir diskutieren heute Vorstösse des Sozialdepartements und nicht des Schul- und Sportdepartements. Das sollte Hinweis genug sein, dass wir heute nicht über Kindergärten sprechen. Der Kindergarten ist seit dem Jahr 2006 Teil der Volksschule und bildet die ersten beiden Schuljahre ab. Das ist leider vielen nicht bekannt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Vorher sprachen wir über das Krankenkassensystem, das für den Prämienschock verantwortlich ist. Hier sieht die Situation nicht anders aus: Hinter der Kita steht eine staatliche Struktur. Es geht um einen minimalen Betreuungsschlüssel, Bauvorschriften usw. Wer eine Kita eröffnen möchte, muss einen umfangreichen Anforderungskatalog erfüllen. Die Denkfabrik «Avenir Suisse» verglich dies mit Bedingungen im Ausland und stellte fest, dass diese staatlichen Vorschriften im Ausland nicht vorhanden sind. Wer den Anfang des Problems sucht, landet wie so oft beim Staat. Es sind wieder einmal die von den Linken vorangetriebenen staatlichen Strukturen, die falsch und kostentreibend sind. Man muss nicht mehr Geld einschiessen, sondern die strukturellen Probleme lösen. Nur so ist ein günstiger Betrieb umsetzbar.*

Das Postulat wird mit 55 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat